
TOP 44:

**Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen
Stickstoff: Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem**

Drucksache: 62/15

I. Zum Inhalt des Gutachtens

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen empfiehlt in seinem Sondergutachten zu Stickstoff eine Vielzahl von Maßnahmen gegen übermäßigen Eintrag von Stickstoffverbindungen in Wasser, Boden und Luft.

Die zu hohen Einträge von Stickstoffverbindungen seien eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit. Sie belasteten Umwelt und Gesundheit durch den Verlust von Biodiversität in der Folge von Überdüngung, Feinstaubbelastung in der Luft sowie Nitrat in Trinkwasser und Nahrungsmitteln. Zudem schädige Lachgas die Ozonschicht und trage damit zum Klimawandel bei.

Dabei greife der Mensch drastisch in den natürlichen Stickstoffkreislauf ein. Freigesetzt werde Stickstoff vor allem durch die Verwendung von Düngemitteln, die Tierhaltung und durch Verbrennungsprozesse.

Das Gutachten will Impulse und Ideen liefern, Deutschland zu einem Vorreiter bei der Lösung der Stickstoffproblematik zu machen. Dies erfordere ein Tätigwerden auf allen politischen Handlungsebenen und in verschiedenen Sektoren.

Bestehende und zum Teil rechtlich verbindliche Ziele der Luftreinhaltung, des Gewässers und des Gewässerschutzes würden deutlich verfehlt. Der Sachverständigenrat sieht daher ein grundlegendes Umsetzungs- und Vollzugsdefizit. So habe die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil Deutschland nicht genug gegen die Verunreinigung von Gewässern durch Nitrate getan habe. Zudem gewichteten Verwaltungen häufig die wirtschaftliche relevanten Interessen der Verursacher zu stark gegenüber Umwelt- und Naturschutzinteressen.

Der Sachverständigenrat empfiehlt daher der Bundesregierung, zusammen mit den Ländern eine nationale Stickstoffstrategie zu erarbeiten. Dabei sollen

- stickstoffrelevante Ziele gebündelt und das Zielsystem weiterentwickelt,
- bestehende Maßnahmen und Regelungen zur Stickstoffminderung zusammengeführt und
- ein ambitioniertes Maßnahmenprogramm aufgelegt werden.

In Deutschland sei dabei mindestens eine Halbierung der Stickstoffeinträge notwendig, um bestehende und nationale Qualitätsziele zu erreichen. Verschärft werden sollten die nationalen Emissionshöchstmengen für Stickstoffoxide und für Ammoniak und die Luftqualitätsziel- und grenzwerte.

Da die Landwirtschaft der größte Emittent von Stickstoffverbindungen sei, misst der Sachverständigenrat den Emissionsminderungen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle bei. Neben einer weiteren Reform der EU-Agrarpolitik und ihrer ambitionierten Umsetzung müsse insbesondere die Düngeverordnung weitreichend reformiert und stringent vollzogen werden. Da freiwillige Maßnahmen zum Gewässerschutz nicht ausreichend seien, sollten die Länder in stärkerem Maße verpflichtende Maßnahmen ergreifen, zum Beispiel die Ausweisung von Wasserschutzgebieten, um dem Verursacherprinzip besser gerecht zu werden.

In anderen Sektoren spricht sich der Sachverständigenrat für eine nachhaltige Minderung der Stickstoffemissionen aus dem Verkehr und der Stromerzeugung aus.

II. Empfehlungen der Ausschüsse

Zu dem SRU-Sondergutachten empfehlen der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und der **Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz** eine Stellungnahme. Insgesamt begrüßt der Umweltausschuss die im Sondergutachten vorgeschlagene Zusammenführung der im Interesse von Luftreinhaltung, Gewässer-, Boden-, Natur- und Klimaschutz bestehenden Maßnahmen und Regelungen und sieht die Festlegung übergreifender Stickstoff-Reduktionsziele im Rahmen einer nationalen integrierten Stickstoffstrategie als zielführend und unterstützenswert an. Eine nationale Gesamtstrategie biete die Möglichkeit, die Kräfte zu bündeln und zu koordinieren.

Die nationale integrierte Stickstoffstrategie solle u.a. folgende Maßnahmen prüfen und bewerten:

- die Ammoniak-Emissionsminderung mittels Abluftreinigungsanlagen bei großen Schweine- und Geflügelhaltungen,
- die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe,
- eine stärkere Ausschöpfung bestehender technischer Emissionsminderungspotenziale für Stickstoffoxidemissionen bei Energieerzeugungsanlagen und industriellen Feuerungen, insbesondere auch bei bestehenden Anlagen,
- eine umweltgerechte Kraftstoffbesteuerung sowie
- die Einführung des Instrumentes einer Stickstoffoxidsteuer für Industrieanlagen.

Der **Umweltausschuss** weist im Bereich der Landwirtschaft darauf hin, dass neben einem zügigen Abschluss der Novellierung der Düngeverordnung mit künftig, aus Gründen der von der Europäischen Kommission zur sachgerechten Umsetzung der Nitratrichtlinie geforderten, deutlich anspruchsvolleren Anforderungen parallel das Düngegesetz überarbeitet werden müsse, um den Vollzug insbesondere für gezielte Kontrollen zu stärken.

Der **Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz** weist darauf hin, dass die Land- und Forstwirtschaft bereits große Anstrengungen zur Reduzierung des Stickstoffeintrags geleistet habe und auch weiterhin leisten werde. Die zukünftigen Anstrengungen müssten aber die grundsätzliche Nutzungsorientierung der Landwirtschaft wahren.

Die Empfehlungen im Einzelnen sind aus **Drucksache 62/1/15** ersichtlich.

